

114. Deutscher Ärztetag in Kiel

Am 31. Mai 2011 begann in Kiel der 114. Deutsche Ärztetag. Das Parlament der deutschen Ärzte hatte eine umfangreiche Tagesordnung auf der Agenda. Die Ärzteschaft will künftig stärker gegen den drohenden Ärztemangel und für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Der Arztberuf habe Zukunft – auch in Deutschland, sagte der Präsident der Ärztekammer Schleswig-Holsteins, Dr. med. Franz-Joseph Bartmann, zum Auftakt des Ärztetages in Kiel.

Eröffnung in Kiel

Auf der Eröffnung im Kieler Schloss sprach auch der neue Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP). Er stellte den Ärzten seine gesundheitspolitische Strategie für die nächsten beiden Jahre vor. „Freiberuflichkeit ist der Garant für eine gute Versorgung“, so der Minister zu Beginn. Er kündigte an, die Novellierung der GOÄ noch in dieser Legislaturperiode anzugehen. In seiner Rede zum geplanten Versorgungsgesetz machte er weitere Eckpunkte fest. Komplett entfallen soll die Umsetzung der ambulanten Kodierrichtlinien. Zugleich soll die Kassenärztliche Bundesvereinigung zusammen mit den Krankenkassen eine Liste delegationsfähiger Leistungen erstellen, um die Ärzte zu unterstützen. In Bezug auf den Ärztemangel meinte Herr Bahr, es gebe genügend Medizinstudenten, doch leider ergreifen zu wenig ausgebildete Ärzte den Beruf und gingen in die Fläche. Die Regierung mache die Nachwuchssorgen erstmals zum Thema. „Zwang und Planung helfen aber nicht gegen den Ärztemangel. Wir müssen Anreize setzen“, betonte der Bundesminister. Dass es einen Ärztemangel überhaupt gibt, stellte noch kurz vor Beginn des Ärztetages der Verband der Ersatzkassen in Frage. Denn nach dessen Einschätzung gebe es in Deutschland zu viele Ärzte – sie seien nur schlecht verteilt.

Versorgungsgesetz und Ärztemangel

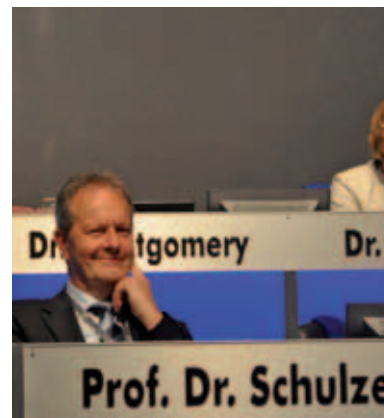
Der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. med. Dr. h.c. Jörg-Dietrich



Prof. Dr. med. Dr. h.c. Jörg-Dietrich Hoppe, Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP), Dr. med. Frank Ulrich Montgomery (v.l.)

rich Hoppe, ging in seiner Grundsatzzrede ebenfalls auf den Ärztemangel ein. Immer noch triebe der Bürokratiewahn selbst hartgesottene Ärzte frühzeitig aus der Niederlassung. Während selbsternannte Ärztekritiker über zu hohe Arzteinkommen schwadronierten, gingen dem Gesundheitswesen die Ärzte aus. „Bis 2020 werden mehr als 50.000 Ärzte ersetzt werden müssen – ausreichender Nachwuchs fehlt“, so Prof. Dr. Hoppe. Das geplante Versorgungsstrukturgesetz beinhalte zukunftsfähige Ideen zum Medizinstudium und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum Berufsübergang, zur Niederlassung oder zur Sicherung der ärztlichen Freiberuflichkeit. Er forderte gleichzeitig, die Ärztekammern an den sektorübergreifenden Koordinierungsstellen zu beteiligen. „Es kann keine wirkliche

Modernisierung der Bedarfsplanung geben, wenn die Landesärztekammern bei den sektorübergreifenden Koordinierungsstellen nicht beteiligt werden. Nur die Ärztekammern bringen die notwendige sektorübergrei-



Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze, Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer und Präsident der Sächsischen Landesärztekammer



Sächsische Delegierte: Erik Bodendieck, Prof. Dr. med. habil. Uwe Köhler, Ute Taube (v.l.)

fende Perspektive zur Bedarfsplanung ein. Nur sie verfügen über die übergeordnete Definitionskompetenz zu ärztlichen Weiterbildungsinhalten und nur sie verfügen über die Kompetenzen der Qualitätssicherung, mit denen das Versorgungsangebot maßgeblich gesteuert werden kann“, sagte Prof. Dr. Hoppe.

Priorisierung

Bei begrenzten Ressourcen und steigender Morbidität ist die Diskussion um Priorisierung als Instrument der transparenten Verteilungsgerechtigkeit weiterhin unabdingbar. Keiner, der ernst genommen werden will, leugnet noch, dass es Rationierung in der Versorgung gibt und einen Mangel an Arztstunden, betonte der Präsident der Bundesärztekammer. Er sei zuversichtlich, dass diese, in Deutschland schon seit Jahren auf wissenschaftlicher Ebene geführte Diskussion, auch auf der politischen Ebene Platz greifen wird.

GOÄ

Prof. Dr. Hoppe forderte auch, dass die lange angekündigte Reform der amtlichen Gebührenordnung der Ärzte (GOÄ) endlich umgesetzt wird. Zu lange schon müssten Ärzte auf der Grundlage einer völlig überalterten Gebührenordnung arbeiten. Sie biete keine wirkliche Rechtssicherheit mehr und Ärzte würden wegen der notwendigen Interpretationen und Analogbestimmungen in eine

kriminelle Ecke gestellt. Aufgabe der GOÄ aber ist es, die Möglichkeiten moderner Medizin in einer amtlichen Referenzordnung abzubilden und damit den Patienten vor überhöhten Honoraranforderungen und zugleich den Arzt vor Dumpingpreisen zu schützen. Die Bundesärztekammer habe nach jahrelanger Vorarbeit einen betriebswirtschaftlich durchkalkulierten Vorschlag gemacht. Dieser beinhaltet eine komplette Neubeschreibung des ärztlichen Leistungsspektrums mit über 4.000 Positionen sowie ein methodisch ausdifferenziertes und empirisch abgestütztes Bewertungskonzept. Diese Konzepte müssen der Maßstab für den Novelierungsprozess der GOÄ sein, so Prof. Dr. Hoppe.

Sterbebegleitung, PID

Es fand auch eine kontroverse Debatte darüber statt, wie strikt die ärztliche Berufsordnung künftig das Verhalten eines Arztes an der Beteiligung eines Sterbeprozesses reglementiert. Dazu gehörte auch eine Bestandsaufnahme, was bisher in Deutschland in diesem Versorgungsbereich erreicht wurde und wo weitere Anstrengungen notwendig sind. Die Tötung auf Verlangen und die Beihilfe zum Suizid gehörten nicht in das Handwerkszeug von Ärzten, betonte Prof. Dr. Hoppe in der Eröffnungsrede.

Eine rege medizinethische Diskussion wurde auch zum Memorandum der

Bundesärztekammer zur Präimplantationsdiagnostik geführt. Der Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze, wurde in seiner Ansicht bestätigt, dass der 114. Deutsche Ärztetag einer Zulassung in engen Grenzen zustimmen würde, da sich die rechtlichen wie auch medizinischen Rahmenbedingungen in den letzten zehn Jahren grundsätzlich verändert haben. Mit 204 Stimmen dafür und 33 Gegenstimmen wurde das Memorandum verabschiedet.

Abschied des Präsidenten

Der 114. Deutsche Ärztetag war der letzte für den Präsidenten der Bundesärztekammer, der nach zwölf Jahren an der Spitze nicht mehr kandidierte. Er wünschte am Schluss seiner Rede dem Nachfolger im Amt „Kraft und Beharrlichkeit, für all das zu streiten, was diesen Arztberuf so schön macht – und trotz der herausgehobenen Bedeutung dieses Amtes, Arzt zu bleiben“. Er plädierte dafür, dass gewählte Repräsentanten nicht nur sagen wo es lang gehen soll, sondern gerade bei den jungen Ärzten fragen, wo sie denn eigentlich hin wollen und was ihre persönlichen und beruflichen Perspektiven sind. Prof. Dr. Hoppe: „Wir brauchen eine viel stärkere Integration, gerade dieser Generation. Wir müssen sie mehr interessieren, mehr motivieren, nur dann auch werden sie sich engagieren. Auch für uns gilt, die Jugend ist unsere Zukunft“.

Abschließend dankte er seinen Kollegen, besonders im Vorstand, und den Freunden und Mitarbeitern der Hauptgeschäftsführung der Bundesärztekammer unter Leitung von Prof. Dr. med. Christoph Fuchs.

Die Frage, wer neuer Präsident und politischer Vertreter von mehr als 400.000 Ärzten wird, wurde erst nach Redaktionsschluss beantwortet. Das Ergebnis und weitere Informationen zum 114. Deutschen Ärztetag aus sächsischer Sicht finden Sie im Internet unter www.slaek.de.

Prof. Dr. med. habil. Winfried Klug
Knut Köhler M.A.
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit